

Protest-, Aktions- und Trauertag
21 Juli 2008
Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige
Unter der Schirmherrschaft von , Helga Kühn – Mengel MdB
Patientenbeauftragte der Bundesregierung

**Wurden 32 Millionen Euro Steuergelder verschwendet?
Die Ergebnisse der Heroin-Studie müssen umgesetzt werden!**

Am 21.07.2008 jährt sich bundesweit zum 10. Mal in Folge der Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige. Aus drängendem Anlass wurde erneut die medizinische Heroinvergabe zu unserem zentralen Thema erhoben.

Hier bahnt sich nämlich ein veritabler Skandal an, ein übles politisches Possenspiel auf dem Rücken schwerkranker Menschen: Trotz eindeutig positiver Ergebnisse spielt die große Politik nun auf Zeit, verhindert somit die Möglichkeit zur Regelversorgung, verleumdet und stellt gar die Bundesförderung für laufende Programme zur Heroinvergabe ein.

Obwohl die Mehrheit der Wissenschaftler, Ärzte, Drogenberater, Fachverbände und nicht zuletzt auch die Verbände der Betroffenen eine neue Studie für eine Heroinvergabe in Deutschland für überflüssig ansahen, wurde diese Studie seinerzeit durchgeführt. Holland und die Schweiz etwa schlossen bereits einige Jahre zuvor ebendiese Studien erfolgreich ab und setzten, ganz anders als in Deutschland, die positiven Ergebnisse in praktisches Handeln um: Heroin wurde in diesen Ländern als Medikament verschreibbar!

Zur Erinnerung hier noch einmal einige Fakten:

- Der Auftrag der deutschen Studie lautete festzustellen, ob die Vergabe reinen Heroins dessen Substitution (Ersatz) durch Methadon bei einem bestimmten Personenkreis überlegen ist. - Sie ist es. Sogar ganz offensichtlich!
- Bei der Heroinvergabe geht es um Schadensminimierung sowie darum, das Überleben unserer geliebten Kinder, Enkelkinder, Verwandten, Freunde und Mitmenschen zu sichern. - Auch diese Schadensminimierung wird eindeutig erreicht.
- Es war hingegen ausdrücklich nicht Auftrag der Studie -und es ist auch etwas naiv, dies anzunehmen-, dass die meisten TeilnehmerInnen schnell den idealen Status der völligen Drogenabstinenz erreichen! Dafür sind die individuellen Schicksale und Persönlichkeitsstrukturen der Betroffenen in vielen Fällen schlicht zu komplex.

Es erübrigt sich hier und heute, die positiven Ergebnisse der Studie „gebetsmühlenartig“ zu wiederholen. All diese Details sind für Interessierte zu finden auf www.heroinstudie.de.

Die Politiker und Gesundheitsexperten der beteiligten -mehrheitlich sogar von der CDU geführten- Städte wollen die positiven Ergebnisse in die Praxis umsetzen.

Der Bundesrat hat mit großer Mehrheit beschlossen die medizinische Heroinvergabe in die Regelversorgung zu übernehmen.

Die Parteien im Deutschen Bundestag sind, bis auf die CDU/CSU Fraktion, alle für eine geregelte medizinische Heroinvergabe.

Dennoch bewegt sich in der Sache nichts. Es wird tragischer Weise weiterhin blockiert. Wurden die 32 Millionen € für die Heroin-Studie denn wirklich 'in den Sand gesetzt'?

Wir fordern die Fraktion der CDU/CSU daher auf, dem Vorschlag von SPD und Oppositionsparteien zur Änderung des derzeit geltenden Betäubungsmittelgesetzes zuzustimmen. Die christliche Nächstenliebe gebietet es insbesondere für Mitglieder der christlichen Parteien sich hier klar zu positionieren und somit viel unnötiges menschliches Leid zu verhindern!

Doch auch in den Reihen der SPD spiegelt sich offenbar vereinzelt eine gewisse Skepsis.

Daher unser Appell:

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützt endlich die Vorkämpferinnen im Gesundheitsministerium (Schmidt, Caspers-Merk, Bätzing) und sagt **ja** zur Überlebenshilfe Heroinvergabe. Eine Mehrheit im Deutschen Bundestag zur medizinischen Heroinvergabe ist so gut wie sicher.

Um den Abgeordneten der Unionsparteien eine problemlose Zustimmung zur Heroinvergabe zu ermöglichen, fordern wir den üblichen Fraktionszwang bei dieser Abstimmung aufzuheben. Sie befänden sich bei Zustimmung im Einklang mit einem Großteil der Arbeitnehmerschaft ihrer Partei.

Dumpfe und verbohrt ideologische Vorbehalte gegen eine verpönte Substanz überwiegen einmal mehr gesicherte wissenschaftliche Fachkenntnis. Es drängen sich hier durchaus Begriffe auf wie:

- unterlassene Hilfeleistung
- Herabsetzen der Menschenwürde
- Nötigung
- Körperverletzung
- wenn nicht gar fahrlässige Tötung

Kann die Politik dies wirklich verantworten?

Können wir alle verantworten, unnötig Menschenleben zu gefährden?

Unsere Antwort darauf lautet klar und deutlich NEIN!

„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser allererstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“

-Heath Brook, Australien-